

Die russische Tschetschenienpolitik, Ost-West. Europäische Perspektiven Kommentar

A. P. Jermolov: „Ich habe keine Ruhe, solange noch ein einziger Tschetschene am Leben ist!“

B. Jelzin: „Dieser Krieg¹ ist die Endlösung des tschetschenischen Problems!“

A. Tschubais: „Dieser Krieg¹ ist die Wiedergeburt der russischen Armee und der russischen Nation!“

1. Die russischen Tschetschenienkriege von 1994-96 und seit 1999

Die russischen Kriege in Tschetschenien von 1994-96 und seit 1999 sind der längste und blutigste Krieg in Europa seit dem 2. Weltkrieg. Sie bedrohen das Überleben der Tschetschenen als Volk und sind Hauptgrund für die neue autoritäre Entwicklung in Russland.

Russland verletzt in diesen Kriegen nicht nur die eigene Verfassung und den von den Präsidenten Maschadov und Jelzin 1997 unterzeichneten Friedensvertrag, sondern alle geltenden Konventionen zum Schutz der Bürger- und Menschenrechte und zum Schutz von Flüchtlingen und Gefangenen, im besonderen die Statuten des Europarates, zu deren Einhaltung sich Russland mit seiner Aufnahme 1996 verpflichtete, und die 1998 von Russland ratifizierte Europäische Menschenrechtskonvention und die Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe.

Es gibt keine Rechtfertigung für die russischen Kriegshandlungen in Tschetschenien, die vorwiegend gegen die Zivilbevölkerung gerichtet sind. Als Beispiel für die Bombardierung und den Beschuss bewohnter Ortschaften sei die völlige Zerstörung der Stadt Grozny angeführt, eine Stadt mit ehemals 300.000 Einwohnern, Krankenhäusern, Schulen, Museen, Theatern, der Universität und dem größten Erdölinstitut der Sowjetunion. Am 21.10. 1999 trafen taktische „Boden-Boden“ Raketen zielgerichtet den belebten Markt von Grozny, die Geburtsklinik, ein Wohnviertel und die Moschee in Kalinin. Es starben 137 Menschen, 260 wurden schwer verletzt. Nach Schätzungen internationaler Menschenrechtsorganisationen wurden in beiden Tschetschenienkriegen 180.000 Zivilisten getötet, unter ihnen 42.000 Kinder. 70% aller Städte und Dörfer wurden zerstört, einschließlich aller historischen Baudenkmäler wie die tschetschenische Turmanlagen aus dem frühen Mittelalter.

Ein weiterer Verstoß gegen internationale Konventionen ist der Beschuss von Flüchtlingen. Am 29.10.1999 wurden auf der Trasse Moskau-Baku auf den angeblich zur Flucht der Bevölkerung eingerichteten humanitären Korridoren sowohl in Richtung Westen nach Inguschetien, als auch in Richtung Osten nach Dagestan die Flüchtlinge aus der Luft und mit Artillerie massiv angegriffen. Nach Augenzeugenberichten war die Straße mit Hunderten Toten und Verwundeten bedeckt. Der Beschuss von Flüchtlingen ist keine Ausnahmeerscheinung.

Für beide Kriege ist der Einsatz international geächteter Massenvernichtungswaffen, wie Vakuum-, Aerosol- und Splitterbomben, sowie chemischer Waffen belegt. Entlaubungsgifte wurden u. a. 1996 in den Gebieten Schatoi und Galantschoshskij angewendet, 2000 in

¹ Der zweite Tschetschenienkrieg.

Artschroi-Martan, Samaschkij und Urus Martan. Chemische Kampfstoffe wurden vor allem 1999 beim Sturm auf Grosny eingesetzt. Für Vakuumbomben ist der Einsatz u. a. 2000 in Markheti nachgewiesen. Splitterbomben werden in allen Kämpfen eingesetzt. Ebenso alle Arten von Minen. Dass Russland damit gegen das 1997 unterzeichnete Verbot der Anwendung chemischer Waffen verstößt, sei nur am Rande erwähnt.

In Tschetschenien wurden unzählige sogenannte Filtrationslager errichtet. Die bekanntesten sind Tschernokossowo, Chankala, Pap 1 bis 5, Ptitschnik, GUOSCH. In allen Filtrationspunkten und Polizeistellen wird systematisch gefoltert. Human Right Watch, Amnesty International und Memorial belegen Schlägen bis zur Besinnungslosigkeit oder Tod, Elektroschocks, Brennen mit Zigaretten, Zusammenschnüren, Skalpieren, Verstümmeln, Enthäuten, Ersticken, Erwürgen, langsames Erstechen mit glühenden Eisen, Herauswerfen aus Hubschraubern . . .

Frauen, Männer und Kinder werden vergewaltigt, nicht selten öffentlich oder vor den Augen ihrer Familienangehörigen. Die Männer erhalten Frauennamen, um sie zusätzlich zu erniedrigen. In der Regel werden die Gefangenen nach der Misshandlung in Erdgruben geworfen, wo sie oft wochenlang in Feuchtigkeit, Kälte und ihren Exkrementen liegen. Immer häufiger werden Massengräber gefunden und exhumiert, wie im Februar 2001 in Chankala, die die systematische Folterung und Ermordung von Zivilisten belegen.

Gefüllt werden die Lager und Polizeistellen durch sogenannte „Säuberungen“ – ein Begriff aus der Stalinzeit. Bei jeder Säuberung werden 10 bis 50 Personen, vor allem junge Männer, mitgenommen. Einige werden frei gelassen, einige verscharrt am Dorfrand gefunden, einige können als Krüppel oder tot frei gekauft werden, einige verschwinden für immer. Nach den Recherchen von Human Right Watch verschwanden 2004 mehr als 1000 Zivilisten. In vielen Dörfern wurde durch die sich ständig wiederholenden Säuberungen die Bevölkerung um ein Drittel dezimiert – ein schleichender Genozid.

Seit der Einsetzung des inzwischen ermordeten pro-russischen „Präsidenten“ Tschetscheniens, Achmed Kadyrov 2002, und seines Nachfolgers, Alu Alchanov 2004, und der sogenannten „Tschetschenisierung“ der russischen Besatzerpolitik hat sich die Menschenrechtssituation verändert. Die russische Militärpräsenz hat sich verringert, dafür machen Einheiten des russischen Geheimdienstes (FSB), der Aufklärung (GRU), des Innenministeriums (Omon) und die Todesschwadronen Ramsan Kadyrovs gezielt Jagd auf vermeintliche Kämpfer, Menschenrechtler, kritische Journalisten und vor allem auf ihre Verwandten. Als Beispiel für viele andere sei hier die Ermordung des Mitarbeiters der Russisch-Tschetschenischen Freundschaftsgesellschaft, Aslan Davletukaev, 2004 erwähnt. Im Zusammenhang mit der Auflösung der Flüchtlingslager in Inguschetien hat sich die gezielte Verfolgung auf die Nachbarrepubliken ausgedehnt.

Der Terroranschlag in Beslan hat diese Situation noch einmal verstärkt. Der Vorschlag des russischen Generalstaatsanwaltes, V.F. Ustinov, in der Duma, die Verwandten von Terroristen und Banditen – gemeint sind alle Gegner der russischen Tschetschenienpolitik – in „Kontergeiselhaft“ zu nehmen, beunruhigt die Menschenrechtler in Russland und Europa. Obwohl die Stalinsche Sippenhaft bereits seit langem in Tschetschenien praktiziert wird, führte die Äußerung Ustinovs sofort zu einer Reihe von Festnahmen, u. a. wurden im Dezember 2004 acht nahe Verwandte des im Untergrund lebenden tschetschenischen Präsidenten Aslan Maschadov in Geiselhaft genommen. Tschetschenische Flüchtlinge berichten von Festnahmen und Folterungen, weil Verwandte von ihnen im Widerstand sind.

Die russische Behauptung, in Tschetschenien den internationalen Terrorismus zu bekämpfen, ist absurd, auch wenn viele westliche Politiker das gern wiederholen. Der sogenannte „tschetschenische“ Terrorismus, die Selbstmordattentate „Schwarzer Witwen“ und die tragischen Geiselnahmen in Moskau 2002 und in Beslan 2004 werden von der tschetschenischen Bevölkerung und der im Untergrund kämpfenden Maschadov-Regierung, denen sie immensen Schaden zufügen, verurteilt. Sie sind eine direkte Folge des russischen Staatsterrorismus und ihr Spiegelbild. Erst die Destabilisierung Tschetscheniens hat das Eindringen radikaler islamistischer Ideologien ermöglicht, die der tschetschenischen Tradition fremd sind und sie in hohem Maße gefährden. Keiner weiß, wer wirklich hinter den Terrorakten steht, welchen Anteil an ihnen der russische Geheimdienst FSB hat und welche Rolle Oberterrorist Schamil Bassaev tatsächlich spielt. Genutzt haben sie ausschließlich der Machterweiterung des russischen Präsidenten Putin.

Die russische Tschetschenienpolitik ist Krieg und Gewalt, die einer jahrhundertealten kolonialen Logik folgen. Sie scheinen nur ein Ziel zu haben: Der Tötung möglichst vieler Tschetschenen, ihre Entwurzelung und Vertreibung, um ein altes russisches Ziel zu erreichen: Tschetschenien ohne Tschetschenen, den Kaukasus ohne Kaukasier.

2. Die Tschetschenen

Die Tschetschenen sind Ureinwohner des zentralen Nordostkaukasus und nennen sich selbst „Nachtschi“ (Volk). Die nachischen Stämme sind bereits in antiken Quellen erwähnt. Die russische Bezeichnung „Tschetschenen“ wurde im 18. Jahrhundert von dem Dorf „Tschetschen“ - 15 km südöstlich von Grosnij – abgeleitet.

Die Tschetschenen besiedelten als Bergsippen das Gebiet zwischen den Flüssen Terek, Aksai und Argun, und als Talsippen das Weichbild der Flüsse Terek und Sunscha. Die Talsippen verschmolzen im 8. Jh. v. d. Z. mit den iranischsprachigen Skythen/Sarmaten zum Volk der Alanen, die die Vorfahren der heutigen Osseten sind. Die Bergsippen gründeten den Sippenverband „Dzurdzuketien“, der bis zu den Einfällen der Mongolen und Turkvölker bestand.

Die Sprache der Tschetschenen gehört mit Inguschisch und Bazbisch zur wainachischen Gruppe der nordostkaukasischen Sprachen, wobei die kaukasischen Sprachen einen eigenen Zweig am Sprachbaum der Menschheit bilden und nicht mit den semitischen, Turksprachen oder indogermanischen Sprachen verwandt sind. Die Inguschen sind das Brudervolk der Tschetschenen in der Nachbarrepublik. Die Bazben zogen im 16. Jh. in die fruchtbaren Täler Georgiens und wurden christianisiert. Ihre Sprache haben sie bewahrt. Die Kisten übersiedelten in der ersten Hälfte des 19. Jh. in das georgische Pankissi-Tal. Sie blieben sunnitische Moslems.

Die Tschetschenen verehrten Naturgötter und lebten in Dorfgemeinschaften, in denen alle gesellschaftlichen Belange von einem Ältestenrat bestimmt wurden. Grundlage dafür war das Adat, das kaukasische Sittengesetz. Es enthält u. a. Regeln zu Gerichtsbarkeit und sozialem Verhalten, es verpflichtet zu Ehrung der Alten und Frauen, zu gegenseitiger Hilfe, Gastfreundschaft und Achtung der Natur. Es regelt auch die Blutrache. Bei einer Tötung findet eine Versammlung der Ältestenräte der beteiligten Sippen statt, die den Grund für die Tötung ermittelt und sich auf eine Strafe einigt. Entzieht sich der Täter der Strafe, droht die Tötung eines seiner engsten männlichen Verwandten.

Jede wohlhabende Sippe besaß einen Berg mit einem Wehrturm. Dieser Wehrturm war unveräußerlich, während die Wohntürme verkauft werden durften. Im 17. Jh. begann die Islamisierung der Tschetschenen, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts, im Widerstand gegen die russischen Eroberer, ihren Abschluss fand.

3. Die russische Eroberung Tschetscheniens

Als sich Russland anschickte, nach westlichem Vorbild ein koloniales Imperium zu werden, brauchte es die zu erobernden Länder nicht in Übersee zu suchen. Sie lagen an seinen nördlichen, östlichen und südlichen Rändern. Besonders der legendäre Kaukasus rückte mehr und mehr ins Blickfeld, in Konkurrenz mit dem Osmanischen Reich und Persien. Den heftigsten Widerstand gegen die russische Eroberung leisteten die Tschetschenen, die in stammesdemokratischen Verhältnissen lebten, in denen der Verlust der Freiheit den Verlust ihrer menschlichen Würde bedeutete.

In der zweiten Hälfte des 16. Jh. errichtete Russland die ersten Festungen im Nordkaukasus, dessen Völker lange Zeit unter mongolischer und tatarischer Herrschaft standen. Die bekannteste von ihnen erhielt den Namen Wladikawkas - „Beherrsche den Kaukasus!“ Mit der Unterwerfung der Großen Kabardei von 1779 bis 1818, bei der die Kabardiner von 350.000 auf 35.000 dezimiert wurden und wochenlang der Fluß Kambalejewka rot war von ihrem Blut, begann der russisch-kaukasische Krieg. 1822 setzte sich das Schlachten in Dagestan, Tschetschenien, Inguschetien und in der westlichen Adygei fort. Die kaukasischen Bergvölker leisteten unter Scheich Mansur, Gasi-Mullah und dem legendären Imam Schamil erbitterten Widerstand gegen die Eroberer. Ganze Armeen russischer Soldaten fanden dabei den Tod. Obwohl die Türkei und England bei Ausbruch des Krimkrieges 1854 Kanaonen, Gewehre und Geld schickten, wurde der Widerstand der Bergvölker gebrochen. Der Fall Kbaadas, der letzten Bastion der Bergbewohner, gilt als Ende des russisch-kaukasischen Krieges. 750.000 Nordkaukasier waren in das Osmanische Reich vertrieben worden, wo ihre Nachfahren bis heute als Minderheiten leben. In ihren Dörfern wurden vor allem Kosaken und Armenier angesiedelt.

Nach den russischen Revolutionen von 1906 und 1917 gerieten die Nordkaukasier in den Strudel des Bürgerkrieges. Die Bolschewiken versprachen ihnen die Gleichberechtigung aller Völker, Gerechtigkeit und Freiheit. Doch die stolz gegründete „Republik der Bergvölker“ wurde 1920 wieder aufgelöst und die Unionsrepubliken Adygei, Karatschai-Tscherkessien, Kabardino-Balkarien, Ossetien, Tschetscheno-Inguschetien und Dagestan eingerichtet. Während der kommunistischen Zwangskollektivierung und der stalinistischen Säuberungen waren die Kaukasier schweren Repressalien ausgesetzt. Zehn Prozent der Bevölkerung, vor allem die Intelligenz, verschwand im unersättlichen Rachen des Gulag. Zwei Schriftreformen innerhalb zweier Jahrzehnte setzten anstelle der arabischen erst die lateinische, dann die kyrillische Schrift in Kraft. Kein Enkel konnte mehr lesen, was sein Großvater geschrieben hatte. Die nationalen Sprachen und die Religionsausübung wurden massiv unterdrückt.

Nach der Deportation der Deutschen von Krim und Wolga, der Krimtataren, der georgischen Muslime und der Karatschaier befahl Stalin 1944 die Deportation der Tschetschenen und Inguschen nach Mittelasien. Nach russischen Quellen kamen 60% des tschetschenischen Volkes dabei um. Erst nach Chrustschows Geheimrede auf dem 20. Parteitag der KPdSU durften die Verbannten nach und nach zurückkehren. In ihren Koffern trugen sie die Gebeine ihrer Verstorbenen, in ihren Häusern wohnten Fremde. Die jahrhundertealten Grabsteine, mit denen die Russen die Straßen befestigt hatten, wurden wieder ausgegraben.

4. Die russische Tschetschenienpolitik

Der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums ist ein Trauma für Russland. Vor allem für die Rote Armee, die im Zweiten Weltkrieg Hitler besiegte, und den sowjetischen Geheimdienst KGB. Der Afghanistankrieg und der Rückzug der sowjetischen Streitkräfte aus den Staaten des Warschauer Paktes ruinierten das Ansehen der Armee endgültig. Zu Bedeutungslosigkeit verurteilt, ohne Sold, Wohnungen und Renten begingen allein in der Jelzinära Zehntausende russische Offiziere Selbstmord. Das KGB (Komitee für Staatssicherheit) überlebte unbeschadet als FSB (Föderaler Sicherheitsdienst) in der 1992 neu gegründeten Russischen Föderation.

Die heutige russische Tschetschenienpolitik setzt die koloniale Politik der Zaren und der Kommunisten geradlinig fort. Iwan der Schreckliche, Peter I., Stalin, Putin. Russland ist keine Föderation, sondern ein Imperium. Nach dem Verlust von Baltikum, Mittelasien und dem Südkaukasus darf es auf keinen Fall weiter schrumpfen. Es muss die verlorenen Kolonien zurück erobern. Und das mit allen Mitteln. Gorbatschow hat das Imperium zerstört, Putin will es wieder errichten. Ihm, dem ehemaligen KGB-Offizier, gelang es, alle wichtigen Schaltstellen des von den Kommunisten befreiten Russland mit Geheimdienstleuten zu besetzen. Ganz Russland ist heute in den Händen des KGB-FSB, dessen furchtbare Verbrechen bis heute nicht erforscht und aufgearbeitet sind. In Moskau soll ein Stalindenkmal wieder errichtet werden, die Rückbenennung von Wolgograd in Stalingrad wird diskutiert . . .

Die russische Tschetschenienpolitik ist Teil einer Strategie der Destabilisierung des Kaukasus, um den russischen Einfluss in dieser Region, besonders im Südkaukasus, nicht zu verlieren und zu einem günstigen Zeitpunkt wieder einzumarschieren. Seit Jahrtausenden leben im Kaukasus ca. 50 Völker auf engstem Raum in multiethnischen Strukturen. Ethnische Konflikte, wie in Karabach, Inguschetien, Abchasien oder Südossetien, gab es nicht, sie sind künstlich inszeniert.

In Tschetschenien geschehen die furchtbarsten Verbrechen seit dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Tolerierung untergräbt das Rechtssystem Europas und verhindert eine demokratische Entwicklung Russlands. Ein Staat, der die Menschenrechte so eklatant missachtet wie die Russische Föderation in Tschetschenien, wird niemals in der Lage sein, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen für verlässliche Handelsbeziehungen. Ohne ein unabhängiges Rechtssystem gibt es kein Recht, ohne freie Presse keine öffentliche Kontrolle.

Die Radikalisierung Russlands und Tschetscheniens führt zu einer Destabilisierung des gesamten Kaukasus und wird zu internationalen Bedrohung, finden westlich-demokratisch orientierte tschetschenische Politiker wie keine Unterstützung ihrer Friedenspolitik. Mit der Einhaltung des Ende Januar verkündeten einseitigen Waffenstillstandes hat der im Untergrund lebende tschetschenische Präsident Aslan Maschadov unter Beweis gestellt, dass er, gegen russische Behauptungen, den tschetschenischen Widerstand kontrolliert und dass es notwendig und sinnvoll ist, mit ihm zu verhandeln. Das ist die einzige Möglichkeit, den zweiten Tschetschenienkrieg zu beenden, der als offene Wunde am Rande Europas die europäische Öffentlichkeit beunruhigen sollte.